

**28. Tagung des
UN-Menschenrechtsrates
02.– 27.03.2015**

Bericht und Auswertung

Inhalt

I. Bericht	2
I.2. Thematische Menschenrechte	5
I.3. Länder	8
I.4. Universal Periodic Review	10
I.5. Podiumsdiskussionen	10
I.6. Ratspräsidentschaft	10
II. Resümee	11
III. Resolutionen und Entscheidungen	12
Berufung neuer Mandatsträger/innen	17
IV Termine 2015	17

Theodor Rathgeber
Forum Menschenrechte
trathgeber@gmx.net

Jugendheimstrasse 10
34132 Kassel

I.1. Bericht

Die 28. Tagung des UN-Menschenrechtsrates (MRR) schloss mit 34 Resolutionen, 15 Entscheidungen (UPR) und drei präsidentialen Erklärungen ab. Zwei neue, thematische Mandate der Sonderverfahren wurden eingerichtet: zum Recht auf Privatheit sowie zu Personen mit Albinismus. Letzteres war von Algerien im Namen der afrikanischen Staatengruppe vorgelegt worden. Eingerichtet wurde ein Mandat in Form eines / einer Unabhängigen Experten / Expertin (28/6). Die Begründung stützte sich auf Berichte des UN Hochkommissariats (OHCHR; *Office of the High Commissioner for Human Rights*; A/HRC/24/57) und des beratenden Ausschusses (*Advisory Committee*; A/HRC/28/75). Die Resolution zum Mandat Recht auf Privatheit ([A/HRC/RES]28/16; Right to privacy in the digital age) war von Brasilien und Deutschland vorgelegt worden. Russland ‚dankte‘ für diese Resolution, die zum richtigen Zeitpunkt komme. Die USA stimmten nicht dagegen, gaben aber ihren Vorbehalt zu Protokoll.

Außerdem gibt es zukünftig ein weiteres Forum als regelmäßig tagender Mechanismus des Rats zum Themenbereich ‚*Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit*‘ (28/14). Niemand sprach sich offen gegen ein solches Forum aus. China, Russland, Kuba, Pakistan, Venezuela und Saudi Arabien machten jedoch geltend, dass der Wortlaut in Operative Paragraph [OP] 3 einen ungehinderten Zugang zivilgesellschaftlicher Organisationen zu diesem Forum eröffne, was in der Vergangenheit zu Mißbrauch bei der Akkreditierung geführt habe. China beantragte eine Abstimmung über eine Änderung zu OP 3 und anschließend ein Sondervotum zu OP 3. Beide Male wurde das Ansinnen Chinas abgelehnt und OP 3 in seiner ursprünglichen Form beibehalten.

Der **Hochkommissar für Menschenrechte**, Zeid Ra'ad Al Hussein, hob in seinem Jahresbericht zu 2014 (A/HRC/28/3) die Gefahr hervor, die von extremistischer Gewalt für Menschenrechte und die Prinzipien der internationalen Zusammenarbeit ausgeht. Der ‚nationale Sicherheitsstaat‘ habe zu harschen Einschnitten in die Freiheitsrechte in vielen Ländern geführt, darunter Ungarn und Türkei, und einen extremen Auswuchs in Guantánamo gefunden. Auch sei er in den letzten sechs Monaten sehr häufig mit dem Thema ‚Einschränkung des öffentlichen Raums für zivilgesellschaftliche Aktivitäten‘ konfrontiert gewesen. Hingegen sollten die staatlichen Maßnahmen gegen extremistische Gewalt spezifisch auf den Bestand der Menschenrechte und demokratischer Verfahren ausgerichtet, angemessen und überprüfbar sein. Im Treffen mit Nichtregierungsorganisationen zeigte sich Zeid Ra'ad Al Hussein sehr offen für Mitarbeit und Anregungen aus dem Kreis der zivilgesellschaftlichen Akteure und legte sich auch kaum diplomatische Sprechzwänge auf. Unter anderem stellte er fest, dass ihm auffalle, dass es in muslimisch dominierten Gebieten kaum spontane Reaktionen auf der Straße gegen den Islamischen Staat (IS) gebe. Dortige Regierungen würden reagieren, aber Manifestationen durch normale Leute beobachte er eher selten. Ganz im Unterschied zu Demonstrationen, wenn muslimische Interessen etwa durch eine Karikatur betroffen sind.

Zeid Ra'ad Al Hussein ging ebenso auf seine Pläne zur Re-Organisation des Hochkommissariats (OHCHR) ein und kündete an, dass er eine deutlich höhere Präsenz des OHCHR in den Ländern und auf lokaler Ebene anstrebt. Der Hochkommissar äußerte die Vermutung, dass, wäre das Recht auf Gesundheit und mithin die Pflicht des Staates ernster genommen worden, ausreichende Dienstleistungen zur Verfügung zu stellen, wären die

Auswirkungen der Ebola-Krise deutlich geringer ausgefallen. Er verteidigte den Kompromiss, den Bericht zu Sri Lanka vom März auf die September-Tagung des MRR zu verschieben, obwohl er die Stimmen verstehe, die von der Regierung Sri Lankas Rechenschaft gegenüber den Anschuldigungen der Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen das humanitäre Völkerrecht einfordern.

Mit dem Bericht der „*Joint Inspection Unit*“ (JIU) über Arbeitsweise, geographische Zusammensetzung, Gender-Balance und Management des OHCHR ging es weiter. Die Schlussfolgerungen des Berichts (A/70/68 plus Ergänzungen A/HRC/28/22 plus A/HRC/28/22/Add.1), es gebe Luft nach oben zur Verbesserung der Arbeit und größere Transparenz sei wünschenswert, muss nicht überraschen.¹ Kritischer für das unabhängige Arbeiten und die institutionelle Einfügung des OHCHR in des UN-Systems waren Empfehlungen, die UN Generalversammlung möge eine Überprüfung des Konstrukts OHCHR vornehmen, damit Regierungen mehr Möglichkeiten erhalten, Empfehlungen an das OHCHR und Kommentare zu den OHCHR-Berichten abgeben zu können. Ebenfalls sollten, so die Empfehlungen der JIU, die bislang informellen Konsultationen des OHCHR mit Regierungen über Planungsprozesse und strategische Ausrichtung in eine Konsultationspflicht umgewandelt werden. Und überhaupt sollte das OHCHR deutlich mehr Berichte über sein eigenes Tun verfassen. Kuba kündigte in der Aussprache eine entsprechende Resolution an (28/1), die dann in der Tat einen Follow-up-Mechanismus zum Bericht des JIU etablierte und ein Monitoring für das Management und die Verwaltung des OHCHR umfasste. Pakistan und andere nahmen Bericht und Empfehlungen der JIU dankbar auf („*takes note with appreciation*“). Die ‚Gegenrede‘ durch den UN Generalsekretär [UNSG] (Bericht A/70/68/Add.1) wurde immerhin zur Kenntnis genommen („*takes note*“).

Indien sprach von einem zwiespältigen (*ambiguous*) Management des OHCHR, und es sei Aufgabe der Staaten, das OHCHR zu beaufsichtigen. Das OHCHR dürfe keine Ausnahme im weltweiten Trend zu mehr öffentlicher Transparenz darstellen. Indien und Russland forderten, innerhalb des MRR müsse ein Mechanismus geschaffen werden, der sich separat mit dem Bericht des JIU und dessen Empfehlungen befassen sollte. Ägypten bezweifelte schlicht die Unabhängigkeit des Mandats des OHCHR. Was solle das heißen, unabhängig wovon? Im weiteren Für und Wider zitierte Norwegen in Antwort auf Ägypten schlicht die UNGA Resolution 48/141, die das OHCHR gründete. Interessant waren ebenso die Statements durch Botswana und Namibia, die sich zwar für eine bessere geographische Verteilung bei der Auswahl der Hauptamtlichen im OHCHR aber gleichzeitig gegen Versuche aussprachen, in das interne Management des OHCHR eingreifen zu wollen; d.h. etwa bei der 2-Jahres-Planung oder strategischen Entscheidungen. Brasilien begrüßte das JIU als Methode, um Einrichtungen der Vereinten Nationen kontrollieren zu können, sprach sich als Schlussfolgerung aus den Berichtsergebnissen aber für eine Aufstockung der Budget-Mittel aus, damit das OHCHR seinen Aufgaben nachkommen könne.

Die von Armenien und Ruanda eingebrachte Resolution zur Verhinderung von Völkermord (28/34) wurde zwar schlussendlich ohne Abstimmung angenommen, zuvor gab es jedoch mehrere schriftliche und mündliche Änderungsanträge; von Armenien und Ruanda zum Teil als ‚feindlich gesinnt‘ eingestuft. Algerien, Kuba, Indien, Pakistan und Venezuela wandten sich gegen die Erwähnung des *Responsibility to Protect*-Ansatzes (in Preambular Paragraph

¹ Es hatte schon frühere Berichte des JIU zu diesem Thema gegeben: A/59/65-E/2004/48 plus Add.1.

[PP] 22 und OP 17), ebenso gegen die ausdrückliche Erwähnung von ‚Gräueltaten‘ (PP 22) oder die Möglichkeit des UN Generalsekretärs zu einem Early Warning (OP 13). Alle Änderungsanträge wurden abgewiesen. Algerien, Kuba, Pakistan, Südafrika und Venezuela gaben jedoch zu Protokoll, dass sie sich von einem solchen Konsens distanzieren.

‚Umkämpft‘ im diplomatischen Sprachgebrauch ist inzwischen wohl auch die Eigenschaft, eine Resolution als maßgeblich fördernde Regierungsdelegation (*main sponsor*) vorlegen zu können. Brasilien beschwerte sich im Rahmen der Abstimmung über die Resolution zu Personen mit Behinderungen (28/4; im Konsens angenommen). Die Konsultationen zum Text seien mangelhaft organisiert gewesen, und bei einer thematischen Resolution sollte niemand vorpreschen. Neuseeland und Mexiko waren hier als Main Sponsors aufgetreten. Im übrigen eine der Resolutionen, die sich auf einen 2-Jahres-Rhythmus zwecks Befassung des Themas festgelegt hat (OP 13). Umgekehrt machte Mexiko seinem Ärger wegen Nichtbeachtung seiner Rolle als Main Sponsor einer thematisch ähnlichen Resolution mit einem Antrag zur Geschäftsordnung Luft. Ägypten und Jordanien hatten eine Resolution über die Auswirkungen des Terrorismus auf Menschenrechte (28/17) vorgelegt und mündlich eine Änderung des Wortlauts in OP 14 vorgeschlagen; ein durchaus übliches Vorgehen. Mexiko sah darin jedoch eine Verletzung der Geschäftsordnung und beantragte die komplette Verschiebung des Abstimmungsvorgangs; erfolglos. Die Resolution wurde mit Mehrheitsentscheid angenommen.

In der Resolution zu **Syrien** (28/20) konnte sich der MRR nur zu einer indirekten Empfehlung an den UN Sicherheitsrat (OP 25) durchringen, d.h. die UN Generalversammlung möge die Berichte der Untersuchungskommission zu Syrien dem UN Sicherheitsrat zwecks angemessener Entscheidung weiterleiten. Letztere lässt allerdings seit Jahren schon auf sich warten. Die Resolution zum **Iran** (28/21) erreichte nur eine einfache, keine absolute Mehrheit, wenngleich die Berichte des OHCHR und der NGOs zur Menschenrechtslage deutlich genug ausfielen. Regierungen wie Brasilien machten geltend, dass die jetzige Regierung im Iran sich merklich aufgeschlossener für menschenrechtliche Instrumentarien und Überprüfungen zeige; abzulesen etwa an der Akzeptanz der meisten Empfehlungen aus dem UPR-Verfahren (*Universal Periodic Review*), sowie einer Einladung an das OHCHR und zweier Mandate der Sonderverfahren. Die Iran-Resolution wird absehbar im nächsten Jahr ein intensiveres Bemühen um eine Mehrheit erfordern. Von der Menschenrechtslage im Land nicht gedeckt waren die Nein-Stimmen zur Resolution zu **Nordkorea** (28/22) durch Bolivien, China, Cuba, Russland, Venezuela und Vietnam. OP 11 folgt der Empfehlung des Sonderberichterstatters, zur 30. Ratstagung (September 2015) eine Podiumsdiskussion mit Zeitzeugen durchzuführen. Die Resolution zur Ländersituation in **Myanmar** (28/23) ging hingegen ohne Abstimmung durch. Der Regierungsvertreter Myanmars hielt die Resolution und insbesondere die Kritik an der Lage der Rohingya-Minderheit (OP 11) allerdings für unangemessen. Myanmar sei ein pluralistisches Land.

Zu erwarten waren die Vorbehalte der westlichen Länder, einschließlich Europäischer Union, zu Resolutionen, in denen menschenrechtliche Aspekte mit den Folgen von Wirtschaft oder internationaler Ordnungspolitik in Beziehung gesetzt wurden; etwa die Anwendung von Drohnen (28/3; **Ensuring use of remotely piloted aircraft or armed drones in counter-terrorism and military operations in accordance with international law, including international human rights and humanitarian law.**) Die Resolution begrüßte im Prinzip lediglich das Abhalten einer Podiumsdiskussion im September 2014 und den entsprechenden

Bericht dazu. Großbritannien und Frankreich fanden hingegen, der MRR sei kein Ort, um über militärische Waffensysteme und deren Folgen zu diskutieren. Immerhin stimmte die Bundesregierung mit Enthaltung. Mit ähnlichen Verweisen auf 'besser geeignete Orte' abgelehnt wurden die Resolutionen über Schwarzgeld (28/5; **Negative impact of the non-repatriation of funds of illicit origin to the countries of origin on the enjoyment of human rights, and the importance of improving international cooperation**) und zur Außenverschuldung (28/8; **The effects of foreign debt on the full enjoyment of all human rights, particularly economic, social and cultural rights**). Solche Fragen werden zweifelsohne nicht allein im MRR entschieden, aber dass der MRR ‚nicht der richtige Ort‘ sei (O-Ton Lettland im Namen der EU), ist nicht nachvollziehbar.

Die USA leisteten sich eine gewisse Eigenwilligkeit, als sie sich bei der Abstimmung über Resolution 28/7 der Stimme enthielten (**Renewal of the mandate of the open-ended intergovernmental working group to consider the possibility of elaborating an international regulatory framework on the regulation, monitoring and oversight of the activities of private military and security companies**). Eher war ein Nein erwartet worden, so wie bei der EU. Dem Konsens zur Resolution zu Menschenrechten und Umwelt (28/11; **Human rights and the environment**) stimmten die USA ebenfalls zu, fanden den MRR aber in diesem Fall auch nicht als den richtigen Ort für dieses Thema, und die Kosten für ein Seminar (OP 8a) im Vorfeld der 31. Ratstagung (März 2016) schienen den USA ebenfalls zu hoch und insofern das Seminar als unnötig. Indien monierte hier den Wechsel des Formats von einem Unabhängigen Experten in einen Sonderberichtersteller.

I.2. Thematische Menschenrechte

Berichte der Sonderverfahren

Der unabhängige Experte zum Thema **Umwelt**

legte einen Bericht vor, der über 100 Beispiele guter Praxis für eine menschenrechtlich orientierte Umweltpolitik enthielt. Außerdem dokumentierte der Bericht 908 Fälle, in denen zwischen 2002 und 2013 Menschen in 35 Ländern wegen der Verteidigung der Umwelt und von Landrechten umgebracht worden waren (A/HRC/28/61, plus Visite in Frankreich (A/HRC/28/61/Add.1). Im Rahmen eines Side Events kündigte John Knox an, aufgrund der Großereignisse rund um das Thema Klimawandel in seinem Bericht zum nächsten März schwerpunktmäßig darauf einzugehen. Absehbar sei dazu kein Mechanismus im MRR im Entstehen. Er dachte auch laut darüber nach, einen nächsten Schwerpunkt mit dem Thema Umwelt und Kinderrechte zu füllen.

Der unabhängige Experte zur **Außenverschuldung**

behandelte die Beziehungen zwischen Finanzmittelvergabe und Folgen in Form systematischer Menschenrechtsverletzungen (A/HRC/28/59, plus Island (A/HRC/28/59/Add.1). Ein zweiter Bericht befasste sich mit illegalen Finanzströmen und Folgen für die post-2015 Entwicklungsagenda (A/HRC/28/60 + Corr.1).

Die Sonderberichterstellerin zum **Recht auf Nahrung**

untersuchte rechtliche Hemmnisse, die einer Entschädigung für Verletzungen des Rechts auf Nahrung entgegenstehen. Sie empfahl u.a. die Ratifizierung des Zusatzprotokolls zu den WSK-Rechten (wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte) und den Ansatz der extraterritorialen Staatenpflichten (A/HRC/28/65).

Die Sonderberichterstellerin zu **angemessenem Wohnen**

verwies auf die wachsende Kluft zwischen den internationalen Standards zu diesem

Recht und der täglichen Erfahrung von Millionen von Menschen. Im Zeitalter der Dezentralisierung politischer Entscheidungen, rascher Urbanisierung und hoher Mobilität komme lokalen Regierungseinrichtungen eine immer größere Verantwortung zu (A/HRC/28/62).

Der Sonderberichterstatter zum Thema Folter

legte seinen Schwerpunkt auf das Thema Kinder in unfreien Verhältnissen; u.a. in Abschiebehaft (A/HRC/28/68), plus Kommunikation mit Regierungen (A/HRC/28/68/Add.1), plus Follow-up Report zu Tadschikistan und Tunesien (A/HRC/28/68/Add.2), plus Mexico (A/HRC/28/68/Add.3), plus Gambia (A/HRC/28/68/Add.4).

Der Sonderberichterstatter zu Menschenrechtsverteidiger/innen

ging der Frage nach, mit welchen neuen Methoden bessere Schutzmechanismen entwickelt werden könnten. Dazu hatte er regionale Konsultationen durchgeführt und regionale wie nationale Maßnahmen überprüft (A/HRC/28/63 plus A/HRC/28/63/Add.1). In der Aussprache beschwerte sich Russland, der Sonderberichterstatter habe mit diesem Konzept sein Mandat verlassen. Die NGO *International Service for Human Rights* (ISHR) gab hingegen bekannt, dass 29 Länder auf Anfragen des Sonderberichterstatters zwecks Ländervisite überhaupt nicht geantwortet hätten.

Der Sonderberichterstatter zur Religionsfreiheit

stellte das Thema Gewalt im Namen der Religion in den Vordergrund sowie seinen Versuch, mit Hilfe kategorialer Zuordnungen ein genaues Bild über unterschiedliche Ursachen und Akteure zu erhalten. Es gebe keine simple Zuordnung von Gewalt allein zu einer Religion, und die Spanne der Akteure reiche von extremistischen Gruppen bis zur religiösen Aufsicht und Maßnahmen der Verwaltung. Unbeschadet der Notwendigkeit, die Vorgeschichte und Strukturen eines Landes oder einer Region zu analysieren, würde die aktuelle Gewalt von Leuten von heute verübt (A/HRC/28/66), plus Kasachstan (A/HRC/28/66/Add.1), plus Vietnam (A/HRC/28/66/Add.2), plus Kommentierung durch Kasachstan (A/HRC/28/66/Add.3), plus Kommentierung durch Vietnam (A/HRC/28/66/Add.4).

Die Sonderberichterstatterin zu den Rechten von Personen mit Behinderung

stellte in ihrem ersten Bericht ihren Arbeitsplan für die nächsten drei Jahre vor (A/HRC/28/58). Sie wird sich prioritär um politischen (Partizipations-) Rechte, Armutsbekämpfung, nationale Gesetzgebungen, die Berücksichtigung der Rechte in der post-2015 Entwicklungsagenda sowie um Beispiele guter Praxis kümmern.

Die Sonderberichterstatterin zu kulturellen Rechten

befasste sich mit Fragen des Copyrights und dem Zugang zu Wissenschaft und Kultur (A/HRC/28/57), plus Vietnam (A/HRC/28/57/Add.1), plus Kommentierung durch Vietnam (A/HRC/28/57/Add.2).

Die Sonderberichterstatterin zum Thema Kinderhandel

legte ihren Arbeitsplan für die nächsten drei Jahr vor, demzufolge sie den Fokus u.a. auf die – mißbräuchliche – Nutzung der Informationstechnologien legen wird (A/HRC/28/56), plus Honduras (A/HRC/28/56/Add.1).

Die Sondergesandte des UNSG zum Thema Gewalt gegen Kinder

befasste sich mit der Berücksichtigung des Themas in der post-2015 Entwicklungsagenda, Fortschritte in nationalen Gesetzgebungen und Aktivitäten regionaler interstaatlicher Organisationen (A/HRC/28/55).

Die Sondergesandte des UNSG zum Thema Kinder in bewaffneten Konflikten

stellte die Situation in sechs Ländern vor, in denen aktuell die größten Krisen anzutreffen seien: Zentralafrikanische Republik, Irak, Nigeria, Palästina, Südsudan, Syrien (A/HRC/28/54).

Weitere Berichte

- unabhängige Expertin zu **Minderheiten** (A/HRC/28/64), plus Ukraine (A/HRC/28/64/Add.1), plus Nigeria (A/HRC/28/64/Add.2)
- **Forum zu Minderheiten** (A/HRC/28/77)
- Ad Hoc-Ausschuss zur **Entwicklung weiterer Standards gegen Rassismus** (A/HRC/28/81)
- **21. Jahrestagung der Sonderverfahren** (A/HRC/28/41)
- **Advisory Committee** zu den **negativen Folgen der Korruption** (A/HRC/28/73)
- **Advisory Committee** zu **einseitigen Zwangsmaßnahmen** (A/HRC/28/74)
- **Advisory Committee** zu **Personen mit Albinismus** (A/HRC/28/75)
- **Advisory Committee** zu **post-Disaster und post-Konfliktsituationen** (A/HRC/28/76)

Berichte des OHCHR und des UN Generalsekretariats

- **conclusions and recommendations of special procedures** (A/HRC/28/19)
- **note by the Secretariat** on the report of the **Joint Inspection Unit** and the follow-up review of the management and administration of the Office of the United Nations High Commissioner for Human Rights (A/HRC/28/22)
 - **addendum to the note** by the Secretariat on the report of the Joint Inspection Unit (A/HRC/28/22/Add.1)
- **special fund** established by the **Optional Protocol to the Convention against Torture and Other Cruel, Inhuman or Degrading Treatment or Punishment** (A/HRC/28/24)
- **note by the Secretary-General** on the United Nations **Voluntary Fund for Victims of Torture** (A/HRC/28/25)
- Rights of persons belonging to national or **ethnic, religious and linguistic minorities** (A/HRC/28/27)
- protection of human rights and **fundamental freedoms while countering terrorism** (A/HRC/28/28)
- summary of the panel discussions on the **protection of the human rights of persons deprived of their liberty** - report of the Office of the United Nations High Commissioner for Human Rights (A/HRC/28/29)
- summary report on the outcome of the Human Rights Council panel discussion on the **role of prevention in the promotion and protection of human rights** - Report of the Office of the United Nations High Commissioner for Human Rights (A/HRC/28/30)
- workshop on **regional arrangements for the promotion and protection of human rights** (A/HRC/28/31)
- summary of the discussions held during the expert consultation on human rights considerations relating to the issues of **administration of justice through military tribunals** and the role of the integral judicial system in combating human rights violations - Report of the United Nations High Commissioner for Human Rights (A/HRC/28/32)
- towards **better investment in the rights of the child** (A/HRC/28/33)
- summary of the panel discussion on **accelerating global efforts to end violence against children** - report of the United Nations High Commissioner for Human Rights (A/HRC/28/34)

- question of the **realization in all countries of economic, social and cultural rights** (A/HRC/28/35)
- summary of the panel discussion on **history teaching and memorialization processes** - report of the United Nations High Commissioner for Human Rights (A/HRC/28/36)
- summary of the Human Rights Council interactive panel discussion of experts on **the use of remotely piloted aircraft or armed drones in compliance with international law** - report of the Office of the United Nations High Commissioner for Human Rights (A/HRC/28/38)
- summary of the panel discussion on **the promotion and protection of the right to privacy in the digital age** - report of the United Nations High Commissioner for Human Rights (A/HRC/28/39)
- summary of the Human Rights Council panel discussion on the **protection of the family** - report of the Office of the United Nations High Commissioner for Human Rights (A/HRC/28/40)
 - **corrigendum** to the summary of the Human Rights Council panel discussion on the protection of the family (A/HRC/28/40/Corr.1)
 - **second corrigendum** to the summary (A/HRC/28/40/Corr.2)
- **technical assistance to support inclusive and participatory development and poverty reduction** at the national level (A/HRC/28/42)
- **combating intolerance, negative stereotyping, stigmatization of, and discrimination, incitement to violence and violence against, persons based on religion or belief** (A/HRC/28/47)
- note by the Secretariat on the report of the Secretary-General on **missing persons** (A/HRC/28/52)
- **communications report of Special Procedures** (A/HRC/28/85)

I.3. Länder

Unter Agenda 4 wurden Menschenrechtssituationen in vielen Ländern angesprochen. Mit jeweils eigenen Berichten bedacht wurden

- **Nordkorea** und dessen Einstellung jeglicher Kooperation (A/HRC/28/71),
- **Eritrea** mit Zeugenaufnahmen von rund 400 Menschen in fünf Ländern (oral update),
- **Iran** (A/HRC/28/70),
- **Myanmar** (A/HRC/28/72 plus A/HRC/28/72/Add.1),
- **Syrien** (A/HRC/28/69).

Capacity building und technical cooperation

- **Côte d'Ivoire** (A/HRC/28/84)
- **Haiti** (A/HRC/28/82)
- **Mali** (A/HRC/28/83 plus A/HRC/28/83/Corr.1)

Die Länderberichte zu **Palästina** umfassten

- report of the Special Rapporteur on the situation of human rights in the Palestinian territories occupied since 1967 (A/HRC/28/78)
- report of the United Nations High Commissioner for Human Rights on the Implementation of the recommendations contained in the report of the independent fact-finding mission on the implications of Israeli settlements on the civil, political, economic,

social and cultural rights of the Palestinian People throughout the Occupied Palestinian Territory, including East Jerusalem (A/HRC/28/43)

- corrigendum to the report (A/HRC/28/43/Corr.1)
- report of the Secretary-General on Israeli settlements in the Occupied Palestinian Territory, including East Jerusalem, and in the occupied Syrian Golan (A/HRC/28/44)
- report of the Secretary-General on the Human rights situation in the Occupied Palestinian Territory, including East Jerusalem (A/HRC/28/45)
- report of the Secretary-General on the human rights in the occupied Syrian Golan (A/HRC/28/46)
- report of the United Nations High Commissioner for Human Rights on the implementation of Human Rights Council resolutions S-9/1 and S-12/1 (A/HRC/28/80)
 - addendum to the report - the human rights situation between 12 June and 26 August 2014 in the Occupied Palestinian Territory, including the escalation in hostilities between the State of Israel and Palestinian armed groups in Gaza (A/HRC/28/80/Add.1)

Auf Anregung des Ratspräsidenten legte der Vorsitzende der Untersuchungskommission zum Gaza-Konflikt 2014 einen kurzen mündlichen Bericht vor. Der eigentliche Bericht wurde auf die Juni-Sitzung verschoben.

Das OHCHR und das UN Generalsekretariat verfassten folgende Länderberichte

- human rights situation in **Iraq** in the light of abuses committed by the so-called Islamic State in Iraq and the Levant and associated groups (A/HRC/28/18)
- addendum to the report of the United Nations High Commissioner for Human Rights on the activities of his office in **Guatemala** (A/HRC/28/3/Add.1)
- addendum to the report of the United Nations High Commissioner for Human Rights on the activities of his office in the Plurinational State of **Bolivia** (A/HRC/28/3/Add.2)
- addendum to the report of the United Nations High Commissioner for Human Rights on the situation of human rights in **Colombia** (A/HRC/28/3/Add.3)
- question of human rights in **Cyprus** (A/HRC/28/20)
- human rights in the Islamic Republic of **Iran** (A/HRC/28/26)
- human rights in **Afghanistan** and on the achievements of technical assistance in the field of human rights in 2014 (A/HRC/28/48)
- human rights in **South Sudan** and recommendations on technical assistance and capacity-building measures (A/HRC/28/49)
- human rights in **Guinea** (A/HRC/28/50)
- human rights in **Libya** and on related technical support and capacity-building needs (A/HRC/28/51)
- panel discussion on the human rights situation in **South Sudan** (A/HRC/28/53)

Die Regierung Venezuelas wurde kritisiert, weil sie mit repressiven Maßnahmen und mittels einer Medienkampagne gegen Menschen vorgegangen war, die vor der Interamerikanischen Menschenrechtskommission ausgesagt hatten.

I.4. Universal Periodic Review

Ergebnisse 20. UPR-Runde

A/HRC/28/4 Report of the Working Group on the Universal Periodic Review - **Italy**

A/HRC/28/5 Report of the Working Group on the Universal Periodic Review - **El Salvador**
 A/HRC/28/6 Report of the Working Group on the Universal Periodic Review – **Gambia**
 A/HRC/28/7 Report of the Working Group on the Universal Periodic Review - **Bolivia**
 Plurinational State of
 A/HRC/28/8 Report of the Working Group on the Universal Periodic Review - **Fiji**
 A/HRC/28/9 Report of the Working Group on the Universal Periodic Review - **San Marino**
 A/HRC/28/10 Report of the Working Group on the Universal Periodic Review - **Kazakhstan**
 A/HRC/28/11 Report of the Working Group on the Universal Periodic Review - **Angola**
 A/HRC/28/12 Report of the Working Group on the Universal Periodic Review – **Iran,**
 Islamic Republic of
 A/HRC/28/12/Corr.1 Report of the Working Group on the Universal Periodic Review -
 Islamic Republic of **Iran - Corrigendum**
 A/HRC/28/13 Report of the Working Group on the Universal Periodic Review - **Madagascar**
 A/HRC/28/14 Report of the Working Group on the Universal Periodic Review - **Iraq**
 A/HRC/28/15 Report of the Working Group on the Universal Periodic Review - **Slovenia**
 A/HRC/28/16 Report of the Working Group on the Universal Periodic Review - **Egypt**
 A/HRC/28/17 Report of the Working Group on the Universal Periodic Review - **Bosnia and**
Herzegovina

In der allgemeinen Aussprache zum UPR-Verfahren drängten einige Staaten auf eine Verringerung der immer weiter ansteigenden Zahl an Empfehlungen, während insbesondere NGO-Vertreter die hohe Zahl in Verbindung mit den vielfältigen Problemen und Verletzungen der Menschenrechte in den entsprechenden Ländern in Verbindung brachten und sich gegen eine Maximalgrenze aussprachen. Paraguay sprach sich im Namen von 50 Staaten dafür aus, in den nächsten UPR-Runden stärker auf frühere, unerfüllt gebliebene Empfehlungen einzugehen.

I.5. Podiumsdiskussionen

- Annual high-level panel on human rights mainstreaming
- Biennial high-level panel discussion on the question of the death penalty
- Full-day discussion on human rights and climate change
- Annual interactive debate on the rights of persons with disabilities
- Annual full-day meeting on the rights of the child
- Panel discussion on the issue of national policies and human rights
- Debate on the state of racial discrimination worldwide (Commemoration of the International Day for the Elimination of Racial Discrimination)

1.6. Ratspräsidentschaft

Der deutsche Botschafter Joachim Rucker machte als Ratspräsident während der ersten regulären Tagung des Menschenrechtsrates eine gute Figur und engagierte sich über sein Amt hinaus vor allem für eine ungehinderte Partizipation zivilgesellschaftlicher Akteure an den UN Gremien. Er kündigte im Plenum offiziell an, dass er sich auch um zurückliegende und unbearbeitete Fälle von Repression gegen Menschenrechtsverteidiger/innen sowie um Attacken gegen Mandatsträger/innen bei Ländervisiten kümmern will. Er nannte das Beispiel Myanmar. Dort wurde die Sonderberichterstatterin zu Gewalt gegen Frauen von radikalen

Mönchen beleidigt und sexistisch beschimpft. In den Protokollen zu den Sitzungen der Ratspräsidentschaft wurden auch Fälle im Südsudan genannt. Anerkennung gab es für die deutsche Delegation für das Engagement, zusammen mit Brasilien das Mandat zum Thema Recht auf Privatheit einzubringen.

Demgegenüber äußerten NGO-Vertreter/innen, vor allem Genfer NGOs, allgemeine Kritik an der deutschen Menschenrechtspolitik in Genf, die den Eindruck hinterlasse, dass über den Fakt der Ratspräsidentschaft hinaus ‚Business as usual‘ auf dem Programm stehe. Sie legte dem Forum Menschenrechte nahe, dem Auswärtigen Amt eine pro-aktivere Gangart anzuempfehlen. Genannt wurde zum einen größere diplomatische Bemühungen, um die Angriffe auf das Mandat zu Menschenrechtsverteidiger/innen einzuhegen. Zwar habe die deutsche Delegation in ihrem mündlichen Statement das Mandat und das Vorgehen des Mandatsträgers verteidigt. Es wurde aber erwartet, dass die Bundesregierung mit ihren diplomatischen Mitteln – auch im Rahmen der EU – auf Regierungen einwirkt, die z.B. auf Anfragen des Mandatsträgers zwecks Ländervisite überhaupt nicht reagieren. Solche Gespräche finden u.U. im vertraulichen Rahmen statt, so dass nicht alles bekannt ist. Es war aber bislang keine politische Maßnahme nach außen zu erkennen.

Ein zweites Themenfeld für erwartetes, größeres Bemühen bildete die Unabhängigkeit des OHCHR. Es gab dezidierte Stellungnahmen von einer Anzahl von Ländern, die auf die Unabhängigkeit des OHCHR gegenüber der Einflussnahme durch den MRR pochten: USA im Namen von 40 Staaten und in eigener Sache, Chile im Namen mehrerer Staaten, Lettland im Namen der EU, Türkei im Namen mehrerer Staaten, El Salvador im Namen mehrerer Staaten, Mexico im Namen mehrerer Staaten und in eigener Regie, Albanien im Namen von 74 Staaten, Irland, Niederlande, Sierra Leone, Marokko, Botswana, Großbritannien, Südkorea, Norwegen, Tunesien, Polen, Schweiz, Costa Rica, Spanien, Uruguay, Dänemark. Bei den gemeinsamen Stellungnahmen ist auch Deutschland dabei gewesen, insbesondere bei der Stellungnahme der EU, aber eben nicht mit einem eigenen mündlichen Statement. In Genf, mit seinem hohen Maß an Symbolpolitik, war hier mehr erwartet worden. Darüber hinaus hielten die Genfer Kolleg/innen ein solches Herangehen für eine Fehleinschätzung, da sich u.a. an der Frage der Einflussmöglichkeiten des MRR auf das OHCHR der Trend zu einer mehr normativen Bewertung von Menschenrechtslagen entscheide – und damit die Perspektive der Rechteinhaber/innen und Opfer stärke. Hier sollten alle Bemühungen und Möglichkeiten eingesetzt werden.

Auch beim Thema Umwelt und Klimawandel blieb die politische Position der Bundesregierung im MRR hinter ihren Möglichkeiten und der selbst zugeordneten Rolle einer führenden Nation zurück. Die Bundesregierung befindet sich dabei allerdings in großer schlechter Gesellschaft. Außer der Schweiz hatte niemand aus der Gruppe westlicher Staaten dazu ein Wort verloren.

II. Resümee

Die Mehrheiten im MRR sind für das Anliegen einer realitätsgerechten Bewertung von Ländersituationen und Themen kleiner geworden. Insbesondere im März abzulesen an den Versuchen, die Unabhängigkeit des OHCHR über Verfahrenseingriffe zu beschneiden. Diese sind zwar nicht ganz so zum Tragen gekommen, wie manche das geplant hatten. Gleichwohl markieren solche Entscheidungen wie zum OHCHR die weitere Wegstrecke des Rates. Auch

die Kennzeichnung von Änderungsanträgen zu Resolutionsentwürfen als ‚feindlich gesinnt‘ ist mehr als eine atmosphärische Störung. Solche Wortgefechte gab es schon einmal, als sich nach Etablierung des Rates Länder wie Ägypten und Kuba in den Jahren bis 2010 systematisch an die Aufgabe machten, kritische Anmerkungen zur Regierungsführung ganz zu streichen oder durch Änderungen gar in ihr Gegenteil zu verkehren. Zu recht werden hier größere Anstrengungen derjenigen Länder erwartet und gefordert, die sich einer normgerechteren Arbeit des MRR verpflichtet fühlen. Das sind nicht allein Länder aus der westlichen Staatengruppe sondern ebenso aus Lateinamerika und Afrika. Insbesondere letztere sollten wir, die nicht-staatlichen Akteure, selber stärker in den Blick nehmen und mit unseren Möglichkeiten fördern und ermutigen; und von der kritischen Ermunterung der Bundesregierung nicht lassen

III. Resolutionen und Entscheidungen

Resolutionen

[A/HRC/RES/] 28/1 Composition of staff of the Office of the United Nations High Commissioner for Human Rights

Abstimmung

Dafür (31): Algeria, Argentina, Bangladesh, Bolivia, Botswana, Brazil, China, Congo, Côte d'Ivoire, Cuba, El Salvador, Ethiopia, Gabon, Ghana, India, Indonesia, Kazakhstan, Kenya, Maldives, Namibia, Nigeria, Pakistan, Paraguay, Qatar, Russian Federation, Saudi Arabia, Sierra Leone, South Africa, United Arab Emirates, Venezuela, Vietnam.

Dagegen (16): Albania, Estonia, France, Germany, Ireland, Japan, Latvia, Mexico, Montenegro, Morocco, Netherlands, Portugal, Republic of Korea, The former Yugoslav Republic of Macedonia, United Kingdom, USA.

Enthaltung (0)

28/2 Enhancement of international cooperation in the field of human rights

Ohne Abstimmung angenommen

28/3 Ensuring use of remotely piloted aircraft or armed drones in counter-terrorism and military operations in accordance with international law, including international human rights and humanitarian law

Abstimmung

Dafür (29): Algeria, Argentina, Bolivia, Botswana, Brazil, China, Congo, Cuba, El Salvador, Gabon, Ghana, Indonesia, Ireland, Kazakhstan, Kenya, Maldives, Mexico, Morocco, Namibia, Nigeria, Pakistan, Paraguay, Qatar, Russian Federation, Saudi Arabia, Sierra Leone, South Africa, Venezuela, Vietnam

Dagegen (6): France, Japan, Republic of Korea, The former Yugoslav Republic of Macedonia, United Kingdom, USA

Enthaltung (12): Albania, Bangladesh, Côte d'Ivoire, Estonia, Ethiopia, Germany, India, Latvia, Montenegro, Netherlands, Portugal, United Arab Emirates

28/4 The right of persons with disabilities to live independently and be included in the community on an equal basis with others

Ohne Abstimmung angenommen

28/5 The negative impact of the non-repatriation of funds of illicit origin to the countries of

origin on the enjoyment of human rights, and the importance of improving international cooperation

Abstimmung

Dafür (33): Algeria, Argentina, Bangladesh, Bolivia, Botswana, Brazil, China, Congo, Côte d'Ivoire, Cuba, El Salvador, Ethiopia, Gabon, Ghana, India, Indonesia, Kazakhstan, Kenya, Maldives, Mexico, Morocco, Namibia, Nigeria, Pakistan, Paraguay, Qatar, Russian Federation, Saudi Arabia, Sierra Leone, South Africa, United Arab Emirates, Venezuela, Vietnam

Dagegen (2): Japan, USA

Enthaltung (12): Albania, Estonia, France, Germany, Ireland, Latvia, Montenegro, Netherlands, Portugal, Republic of Korea, The former Yugoslav Republic of Macedonia, and United Kingdom

28/6 Independent Expert on the enjoyment of human rights by persons with albinism

Ohne Abstimmung angenommen

28/7 Renewal of the mandate of the open-ended intergovernmental working group to consider the possibility of elaborating an international regulatory framework on the regulation, monitoring and oversight of the activities of private military and security companies

Abstimmung

Dafür (32): Algeria, Argentina, Bangladesh, Bolivia, Botswana, Brazil, China, Congo, Côte d'Ivoire, Cuba, El Salvador, Ethiopia, Gabon, Ghana, India, Indonesia, Kenya, Maldives, Mexico, Morocco, Namibia, Nigeria, Pakistan, Paraguay, Qatar, Russian Federation, Saudi Arabia, Sierra Leone, South Africa, United Arab Emirates, Venezuela, Vietnam

Dagegen (13): Albania, Estonia, France, Germany, Ireland, Japan, Latvia, Montenegro, Netherlands, Portugal, Republic of Korea, The former Yugoslav Republic of Macedonia, United Kingdom

Enthaltung (2): Kazakhstan, USA

28/8 The effects of foreign debt and other related international financial obligations of States on the full enjoyment of all human rights, particularly economic, social and cultural rights

Abstimmung

Dafür (31): Algeria, Argentina, Bangladesh, Bolivia, Botswana, Brazil, China, Congo, Côte d'Ivoire, Cuba, El Salvador, Ethiopia, Ghana, India, Indonesia, Kazakhstan, Kenya, Maldives, Morocco, Namibia, Nigeria, Pakistan, Paraguay, Qatar, Russian Federation, Saudi Arabia, Sierra Leone, South Africa, United Arab Emirates, Venezuela, Vietnam

Dagegen (14): Albania, Estonia, France, Germany, Ireland, Japan, Latvia, Montenegro, Netherlands, Portugal, Republic of Korea, The former Yugoslav Republic of Macedonia, United Kingdom, and USA

Enthaltung (1): Mexico

28/9 Mandate of the Special Rapporteur in the field of cultural rights

Ohne Abstimmung angenommen

28/10 The right to food

Ohne Abstimmung angenommen

28/11 Human rights and the environment

Ohne Abstimmung angenommen

28/12 Question of the realization in all countries of economic, social and cultural rights

Ohne Abstimmung angenommen

28/13 Birth registration and the right of everyone to recognition everywhere as a person before the law

Ohne Abstimmung angenommen

28/14 Human rights, democracy and the rule of law

Abstimmung

Dafür (35): Albania, Argentina, Bangladesh, Botswana, Brazil, Congo, Côte d'Ivoire, El Salvador, Estonia, France, Gabon, Germany, Ghana, India, Indonesia, Ireland, Japan, Kazakhstan, Kenya, Latvia, Maldives, Mexico, Montenegro, Morocco, Namibia, Netherlands, Pakistan, Paraguay, Portugal, Qatar, Republic of Korea, Sierra Leone, The former Yugoslav Republic of Macedonia, United Kingdom, USA

Dagegen (0)

Enthaltung (12): Algeria, Bolivia, China, Cuba, Ethiopia, Nigeria, Russian Federation, Saudi Arabia, South Africa, United Arab Emirates, Venezuela, Vietnam

28/15 The right to work

Ohne Abstimmung angenommen, 56th meeting, 26 March 2015

28/16 The right to privacy in the digital age

Ohne Abstimmung angenommen

28/17 Effects of terrorism on the enjoyment of human rights

Abstimmung

Dafür (25): Algeria, Argentina, Bangladesh, Bolivia, Brazil, China, Congo, Côte d'Ivoire, Cuba, El Salvador, Ethiopia, India, Indonesia, Kenya, Maldives, Morocco, Nigeria, Pakistan, Paraguay, Russian Federation, Saudi Arabia, Sierra Leone, United Arab Emirates, Venezuela, Vietnam

Dagegen (16): Albania, Estonia, France, Germany, Ireland, Japan, Latvia, Mexico, Montenegro, Netherlands, Portugal, Republic of Korea, South Africa, The former Yugoslav Republic of Macedonia, United Kingdom, USA

Enthaltung (6): Botswana, Gabon, Ghana, Kazakhstan, Namibia, Qatar

28/18 Freedom of religion or belief

Ohne Abstimmung angenommen

28/19 Rights of the child: towards better investment in the rights of the child

Ohne Abstimmung angenommen,

28/20 The continuing grave deterioration in the human rights and humanitarian situation in the Syrian Arab Republic

Abstimmung

Dafür (29): Albania, Argentina, Brazil, Botswana, Côte d'Ivoire, El Salvador, Estonia, France, Germany, Ghana, Indonesia, Ireland, Japan, Latvia, Maldives, Mexico, Montenegro, Morocco, Netherlands, Paraguay, Portugal, Qatar, Republic of Korea, Saudi Arabia, Sierra Leone, The former Yugoslav Republic of Macedonia, United Arab Emirates, United Kingdom, USA

Dagegen (6): Bolivia, China, Cuba, Russian Federation, Venezuela, Vietnam

Enthaltung (12): Algeria, Bangladesh, Congo, Gabon, Ethiopia, India, Kazakhstan, Kenya, Namibia, Nigeria, Pakistan, South Africa

28/21 Situation of human rights in the Islamic Republic of Iran

Abstimmung

Dafür (20): Albania, Argentina, Botswana, El Salvador, Estonia, France, Gabon, Germany, Ireland, Japan, Latvia, Mexico, Montenegro, Netherlands, Paraguay, Portugal, Republic of Korea, The former Yugoslav Republic of Macedonia, United Kingdom, USA

Dagegen (11): Bangladesh, Bolivia, China, Cuba, India, Indonesia, Kazakhstan, Pakistan, Russian Federation, Venezuela, Vietnam

Enthaltung (16): Algeria, Brazil, Congo, Côte d'Ivoire, Ethiopia, Ghana, Kenya, Maldives, Morocco, Namibia, Nigeria, Qatar, Saudi Arabia, Sierra Leone, South Africa, United Arab Emirates

28/22 Situation of human rights in the Democratic People's Republic of Korea

Abstimmung

Dafür (27): Albania, Argentina, Botswana, Brazil, Côte d'Ivoire, El Salvador, Estonia, France, Germany, Ghana, Ireland, Japan, Kazakhstan, Latvia, Maldives, Mexico, Montenegro, Morocco, Netherlands, Paraguay, Portugal, Republic of Korea, Sierra Leone, The former Yugoslav Republic of Macedonia, United Arab Emirates, United Kingdom, USA

Dagegen (6): Bolivia, China, Cuba, Russian Federation, Venezuela, Vietnam

Enthaltung (14): Algeria, Bangladesh, Congo, Ethiopia, Gabon, India, Indonesia, Kenya, Namibia, Nigeria, Pakistan, Qatar, Saudi Arabia, South Africa

28/23 Situation of human rights in Myanmar

Ohne Abstimmung angenommen

28/24 Human rights in the occupied Syrian Golan

Abstimmung

Dafür (29): Algeria, Argentina, Bangladesh, Bolivia, Brazil, China, Congo, Côte d'Ivoire, Cuba, El Salvador, Ethiopia, Gabon, India, Indonesia, Kazakhstan, Kenya, Maldives, Mexico, Morocco, Namibia, Nigeria, Pakistan, Qatar, Russian Federation, Saudi Arabia, South Africa, United Arab Emirates, Venezuela, Vietnam

Dagegen (1): USA

Enthaltung (17): Albania, Botswana, Estonia, France, Germany, Ghana, Ireland, Japan, Latvia, Montenegro, Netherlands, Paraguay, Portugal, Republic of Korea, Sierra Leone, The former Yugoslav Republic of Macedonia, United Kingdom

28/25 Right of the Palestinian people to self-determination

Abstimmung

Dafür (45): Albania, Algeria, Argentina, Bangladesh, Bolivia, Botswana, Brazil, China, Congo, Côte d'Ivoire, Cuba, El Salvador, Estonia, Ethiopia, France, Gabon, Germany, India, Indonesia, Ireland, Japan, Kazakhstan, Kenya, Latvia, Maldives, Mexico, Montenegro, Morocco, Namibia, Netherlands, Nigeria, Pakistan, Paraguay, Portugal, Qatar, Republic of Korea, Russian Federation, Saudi Arabia, Sierra Leone, South Africa, The former Yugoslav Republic of Macedonia, United Arab Emirates, United Kingdom, Venezuela, Vietnam

Dagegen (1): USA

Enthaltung (1): Ghana

28/26 Israeli settlements in the Occupied Palestinian Territory, including East Jerusalem, and in the occupied Syrian Golan

Abstimmung

Dafür (45) Albania, Algeria, Argentina, Bangladesh, Bolivia, Botswana, Brazil, China, Congo, Côte d'Ivoire, Cuba, El Salvador, Estonia, Ethiopia, France, Gabon, Germany, Ghana, India, Indonesia, Ireland, Japan, Kazakhstan, Kenya, Latvia, Maldives, Mexico, Montenegro, Morocco, Namibia,

Netherlands, Nigeria, Pakistan, Portugal, Qatar, Republic of Korea, Russian Federation, Saudi Arabia, Sierra Leone, South Africa, The former Yugoslav Republic of Macedonia, United Arab Emirates, United Kingdom, Venezuela, Vietnam

Dagegen (1): USA

Enthaltung (1): Paraguay

28/27 Human rights situation in the Occupied Palestinian Territory, including East Jerusalem
Abstimmung

Dafür (43): Albania, Algeria, Argentina, Bangladesh, Bolivia, Brazil, China, Congo, Côte d'Ivoire, Cuba, El Salvador, Estonia, Ethiopia, France, Gabon, Germany, Ghana, India, Indonesia, Ireland, Japan, Kazakhstan, Kenya, Latvia, Maldives, Mexico, Montenegro, Morocco, Namibia, Netherlands, Nigeria, Pakistan, Portugal, Qatar, Republic of Korea, Russian Federation, Saudi Arabia, Sierra Leone, South Africa, United Arab Emirates, United Kingdom, Venezuela, Vietnam

Dagegen (1): USA

Enthaltung (3): Botswana, Paraguay, The former Yugoslav Republic of Macedonia

28/28 Contribution of the Human Rights Council to the special session of the General Assembly on the world drug problem of 2016

Ohne Abstimmung angenommen

28/29 Combating intolerance, negative stereotyping and stigmatization of, and discrimination, incitement to violence and violence against, persons based on religion or belief

Ohne Abstimmung angenommen

28/30 Technical assistance and capacity-building to improve human rights in Libya

Ohne Abstimmung angenommen

28/31 Assistance technique et renforcement des capacités en matière de droits de l'homme au Mali [Technical assistance and capacity-building for Mali in the field of human rights]

Ohne Abstimmung angenommen

28/32 Technical assistance and capacity-building in strengthening human rights in Iraq in the light of the abuses committed by Daesh and associated terrorist groups

Ohne Abstimmung angenommen

28/33 Renforcement de la coopération technique et des services consultatifs en Guinée [Strengthening of technical cooperation and consultative services in Guinea]

Ohne Abstimmung angenommen

28/34 Prevention of genocide

Ohne Abstimmung angenommen

Entscheidungen (Decisions)

Präsidenten-Statements

PRST 28/1 Twentieth anniversary of the Fourth World Conference on Women and of the adoption of the Beijing Declaration and Platform for Action

PRST 28/2 Seventieth anniversary of the end of the Second World War
PRST 28/3 Situation des droits de l'homme en Haïti [Situation of human rights in Haiti]
alle ohne Abstimmung angenommen

UPR

28/101 Outcome of the universal periodic review: Italy
28/102 Outcome of the universal periodic review: El Salvador
28/103 Outcome of the universal periodic review: Bolivia (Plurinational State of)
28/104 Outcome of the universal periodic review: Fiji
28/105 Outcome of the universal periodic review: San Marino
28/106 Outcome of the universal periodic review: Kazakhstan
28/107 Outcome of the universal periodic review: Angola
28/108 Outcome of the universal periodic review: Iran (Islamic Republic of)
28/109 Outcome of the universal periodic review: Iraq
28/110 Outcome of the universal periodic review: Madagascar
28/111 Outcome of the universal periodic review: Slovenia
28/112 Outcome of the universal periodic review: Egypt
28/113 Outcome of the universal periodic review: Bosnia and Herzegovina
28/114 Outcome of the universal periodic review: Gambia
alle ohne Abstimmung angenommen

Berufung neuer Mandatsträger/innen

* **Albert Kwokwo Barume** (Democratic Republic of the Congo), als Mitglied der Afrika-Staaten-Gruppe zum Expert Mechanism on the Rights of Indigenous Peoples (EMRIP);
* **Idriss Jazairy** (Algeria), Special Rapporteur on the negative impact of unilateral coercive measures on the enjoyment of human rights;
* **Rhona Smith** (United Kingdom), Special Rapporteur on the situation of human rights in Cambodia;
* **Dante Pesce** (Chile), als Mitglied von GRULAC (Latin American and Caribbean states) zur Working Group on the issue of human rights and transnational corporations and other business enterprises.

IV. Termine 2015

29. Tagung MRR	15.06.-03.07.
30. Tagung	14.09.-02.10.
Arbeitsgruppe indigene Völker (EMRIP)	13.-16.07.
Advisory Committee	10.-14.08.
UPR 23. Runde	02.-13.11.
Arbeitsgruppe (3. Runde) Rights of Peasants	09.-13.11.
Forum Business and Human Rights (4. Runde)	16.-18.11.
Forum zu Minderheiten	24.-25.11.
Konferenz FES / DIMR / FMR (in Genf) vormittags	05.+06.10. + Option 07.10